

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Helene Jarmer, Harald Walser, Alev Korun, Freundinnen und Freunde

betreffend Ausweitung des Inklusiven Unterrichts auf alle Schulformen

eingebraucht im Zuge der Debatte über den Bericht des Unterrichtsausschusses (1628 d.B.) über die Regierungsvorlage: Bundesgesetz, mit dem das Schulorganisationsgesetz, das Land- und forstwirtschaftliche Bundesschulgesetz, das Schulpflichtgesetz 1985, das Schulunterrichtsgesetz, das Schulunterrichtsgesetz für Berufstätige, das Berufsreifeprüfungsgesetz und das Schülerbeihilfengesetz 1983 geändert werden (1617 d.B.)

BEGRÜNDUNG

In der Regierungsvorlage 1617 d.B. wird die Überführung des Schulversuches zur Integration von SchülerInnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf in die Polytechnischen Schulen ins Regelschulwesen, sowie die Ausweitung der Integration in einjährige Haushaltungsschulen beschlossen. Dies darf zwar als erster Schritt in Richtung Ausweitung der Bildungschancen für SchülerInnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf gewertet werden, allerdings ist das noch lange kein gleichberechtigter Zugang zu Bildung für Menschen mit Behinderungen. Weiterhin werden Jugendliche mit Behinderungen systematisch vom Erwerb höherer Bildung ausgeschlossen, da der Besuch von mittleren und höheren Schulen für SchülerInnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf nicht vorgesehen ist. Eine Ausweitung der Integration und die Einführung des Inklusiven Unterrichts an mittleren und höheren Schulen ist im Sinne der Gleichbehandlung raschest umzusetzen.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung und insbesondere die Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur wird aufgefordert, dem Nationalrat noch im ersten Halbjahr 2012 einen Gesetzesentwurf über die Ausweitung der Integration und den inklusiven Unterricht an allen mittleren und höheren Schulen vorzulegen.

